



Pressemitteilung

Christoph Bratmann, MdL
Wahlkreisbüro: Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Telefon 05 31 / 480 98-23
Telefax 05 31 / 480 98-26
buero@christoph-bratmann.de
www.christoph-bratmann.de

19. Juni 2018

Neue Sonderausstellung „Kinder im KZ Bergen-Belsen“

Kultuspolitiker besuchen Gedenkstätte Bergen-Belsen

Die Gedenkstättenarbeit ist ein wichtiger Baustein niedersächsischer Bildungspolitik, deshalb besuchten SPD Landespolitiker des Arbeitskreises Kultus angeführt von ihrem bildungspolitischen Sprecher Stefan Politze am vergangenen Freitag die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen. Im Fokus des Interesses stand neben der Dauerausstellung vor allem die neue Sonderausstellung „Kinder im KZ Bergen-Belsen“ die die Geschichte der etwa 3.500 Kinder unter 15 Jahren aufgreift, die im KZ Bergen-Belsen inhaftiert waren. Anhand von Einzelschicksalen werden die spezifischen Lebensbedingungen und Verhaltensformen von Kindern in diesem Lager dargestellt. „Ein aufwühlendes und bedrückendes Thema, welches hier nach neuesten museumspädagogischen Erkenntnissen sehr gut umgesetzt wird.“ Beschreibt Christoph Bratmann als Mitglied des Stiftungsrates niedersächsischer Gedenkstätten seine Eindrücke.

Geführt wurde die Gruppe der Landtagsabgeordneten vom Geschäftsführer des Stiftungsrates niedersächsischer Gedenkstätten Dr. Jens Christian Wagner, mit dem im Anschluss an die Führung über Herausforderungen und Perspektiven der Gedenkstätte diskutiert wurde.

Christoph Bratmann, der sich seit seiner Wahl in den Landtag 2013 für die Gedenkstättenarbeit einsetzt, zeigte sich beeindruckt von der Entwicklung der Gedenkstätte in den letzten Jahren: „Sowohl als Pädagoge als auch als Kultuspolitiker kenne und schätze ich die wichtige Arbeit, die in Gedenkstätten geleistet wird. Besonders die Gedenkstätte Bergen-Belsen leistet einen entscheidenden Beitrag für eine gelebte Erinnerungskultur in Niedersachsen.“ Seitens der Mitglieder des SPD-Arbeitskreises Kultus waren sich am Ende alle einig, dass dafür weiterhin von der Landespolitik gute Voraussetzungen geschaffen werden müssen.